69. Jahrgang. № 541 Mittwoch, 24. Dezember 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: v. 16. bis 31. Dezember 1924 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offerengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS Weltmarke. **Wolfframm** FLÜGEL Weltmarke.
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Dr. Marx zur Kölner Sanktionspolitik.

Die Deutsche Volkspartei dementiert Kompromiß-Gerüchte über ein „Kabinett der Mitte".

Der Kontrollbericht vor den Botschaftern. — Günstige Aufnahme der deutschen Note in Genf. — Revision im Rothardt-Prozeß?

Das Ergebnis der Londoner Konferenz in Frage gestellt.

Berlin, 23. Dez. Einem Vertreter seiner Parteipresse gegenüber sprach sich der bisherige Reichskanzler Marx zur Frage der

Räumung der Kölner Zone

aus. Der augenblickliche Stand dieser Angelegenheit erfülle ihn mit ernstester Sorge. Denn die alliierten Regierungen schienen bereits entschlossen zu sein, den im Versailler Vertrag festgesetzten Räumungstermin des 10. Januar nicht innezuhalten und als Grund dafür die Frage der deutschen Entwaffnung zu benutzen. Die äußere Form des alliierten Vorgehens und seiner Begründung ändere an der augenblicklichen Sachlage nichts, „und diese Sachlage muß ich," betonte Dr. Marx, „nach allen vorliegenden Nachrichten zu meinem Bedauern dahin kennzeichnen,

daß die Alliierten schon jetzt, also schon vor Fertigstellung des Berichts der Kontrollkommission, willens sind, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen. Wenn es wirklich bei dieser Absicht verbleibt, so fürchte ich sehr, daß das Folgen haben könnte, die mir nicht nur vom deutschen Standpunkte, sondern auch vom Standpunkte der europäischen Gesamtpolitik äußerst beklagenswert erscheinen.

In der verheißungsvollen Entwicklung, die sich an die Londoner Konferenz anknüpfte, soll nun wieder ein Rückschlag eintreten.

Erfolgt die Räumung nicht, so drohen alle Erfolge jener Politik hinfällig zu werden.

In Deutschland würde das Vertrauen auf die loyale Vertragserfüllung der Alliierten eine schwere Erschütterung erfahren und der Befürchtung Platz machen, daß der große Preis, den wir mit der Uebernahme der Lasten aus dem Dawes-Gutachten gezahlt haben, vergeblich gezahlt worden sei, daß also der Verständigungswille, der die Außenpolitik der Reichsregierung geleitet hat, nicht zum Erfolge führt, **namentlich würden die besetzten Gebiete selbst den Glauben an ihre Befreiung verlieren, wenn sie sähen, daß die klare Vertragsbestimmung von den Alliierten einfach umgangen würde.** Ich brauche die Gefahren, die das für die Konsolidierung der deutschen Verhältnisse und unserer gesamten internationalen Beziehungen mit sich bringen würde, nicht näher zu schildern. Diesen folgenschweren Schritt denken die alliierten Regierungen mit deutschen Versäumnissen in der Entwaffnungsfrage begründen zu können. Diese ganze Art der Begründung bedeutet ganz einfach

die Rückkehr zur Sanktionspolitik,

der doch die Londoner Konferenz endgültig das Urteil gesprochen zu haben schien." Der Kanzler ging dann auf die Entwaffnungsfrage selbst ein und zeigte an Hand ihrer Vorgeschichte, daß die Wiederaufnahme der Kontrollhandlungen durch die Kontrollkommission auf einer besonderen Vereinbarung beruhte, und daß schon im Hinblick hierauf jede Kritik an dem Verhalten, das deutscherseits in der vergangenen Epoche der Kontrollkommission gegenüber beobachtet wurde, jetzt als unerheblich ausscheiden muß. Es ist deshalb nicht recht verständlich, wenn Lord Curzon in seinen letzten Erklärungen vor dem Oberhaus im Zusammenhange mit der Räumungsfrage davon gesprochen hat, daß Deutschland während der letzten beiden Jahre Obstruktion gegen die Militärkontrolle getrieben habe. Die Kontrollinspektion sollte doch vom Standpunkte der Alliierten gerade dazu dienen, die Unterbrechung der Kontrollhandlungen auszugleichen und den endgültigen Abbau der Kontrollkommission vorzubereiten. Auf dieser Grundlage hat die Generalinspektion Anfang September begonnen und seitdem mehr als 1750 Kontrollbesuche ausgeführt. Ueber die Modalitäten der Durchführung der Inspektion sind lediglich in einigen untergeordneten Einzelfragen gewisse Meinungsverschiedenheiten zutage getreten. Die Kontrollkommission selbst wird aber, wie ich glaube, nicht sagen wollen, daß ihr die Erreichung des mit der Inspektion erstrebten Zwecks die Feststellung des gegenwärtigen Rüstungsgedankens von deutscher Seite unmöglich gemacht worden wäre.

Auch die Verhandlungen über die fünf Punkte sind seit längerer Zeit im Gange und haben in manchen Teilen unter erheblichen Zugeständnissen Deutschlands an die alliierten Forderungen schon zu einer Einigung geführt.

Im übrigen geht es doch nicht an, ohne weiteres von deutschen Verfehlungen und Vertragsverletzungen zu sprechen, wenn die deutschen Stellen in gewissen Punkten anderer Meinung als die alliierte Kontrollkommission sind. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt der alliierten Regierungen stellen und wenn man annehmen wollte, daß der Verlauf der Generalinspektion hier und da nicht ihren Forderungen entsprochen habe und daß die Meinungsverschiedenheiten über die fünf Punkte noch nicht befriedigend geregelt seien, so könnte man damit doch unmöglich eine so schwerwiegende **Maßnahme, wie die weitere Besetzung deutschen Gebietes rechtfertigen.** Wie man die einzelnen noch offenen Punkte auch beurteilen mag, so handelt es sich doch auf alle Fälle lediglich um Restpunkte, denen im Vergleich mit der ganzen bisher durchgeführten Entwaffnungsaktion nur eine verschwindend geringe Bedeutung zukommt. „Ich kann hierbei," führt Dr. Marx weiter aus, „auf

die gestern veröffentlichte deutsche Note an den Völkerbund

hinweisen, die in ganz anderem Zusammenhang und aus ganz anderen Gründen den gegenwärtigen deutschen Rüstungsstand darlegt. Diese Tatsache zeigt durch unwiderlegbare Zahlen und Tatsachen, daß sich Deutschland in völliger militärischer Ohnmacht inmitten eines stark gerüsteten Europas befindet. Kein Mensch in der Welt kann bestreiten, daß Deutschland alle irgendwie wesentlichen Abrüstungsforderungen erfüllt hat, und daß es in einem Maße entwaffnet ist, wie dies wohl noch niemals in der Geschichte ein großes Volk über sich hat ergehen lassen und daß von irgendwelchen deutschen Angriffsmöglichkeiten auch nicht im entferntesten die Rede sein kann. Darauf kommt es hier aber allein an. Die Besetzung des Rheinlandes ist doch, nachdem die Reparationsfrage in London ihre Regelung gefunden hat, vom Versailler Vertrag als Sicherung der Westmächte gegen deutsche Angriffsabsichten gedacht. Da derartige Absichten völlig aus dem Bereich der Möglichkeiten ausscheiden, kann aus jenen geringfügigen Restpunkten bei loyaler Vertragsauslegung kein Recht hergeleitet werden, die Besetzung zu Sicherungszwecken über die vertraglichen Fristen hinaus zu verlängern. Es ist daher ganz unvermeidlich, daß man in Deutschland in einer derartigen Begründung der Nichträumung nur

einen bloßen Vorwand für die Umgehung des Versailler Vertrages

sieht. Man hört vielfach, daß der eigentliche Grund für die Verzögerung der Räumung vielleicht weniger in der Entwaffnungsfrage, als darin liege, daß nach der Räumung der ersten Rheinlandszone die militärische Besetzung des Ruhrgebietes nicht mehr länger aufrechterhalten werden könne.

Wenn dieser Grund in den Erwägungen der alliierten Regierungen wirklich eine Rolle spielen sollte, so kann ihn die deutsche Regierung ebensowenig anerkennen, wie die Berufung auf die Entwaffnungsfrage.

Die Reichsregierung hat sich mit der Aufrechterhaltung der Besetzung des Ruhrgebietes bis zum August 1925 doch nur als dem spätesten Termin abgefunden, hat aber in Uebereinstimmung mit der britischen Regierung von vornherein ihrer Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Räumung beschleunigt und vor jenem Endtermin durchgeführt werden müsse. Wenn also durch die Räumung der Kölner Zone für die weitere Besetzung des Ruhrgebietes technische Schwierigkeiten entstehen, so könnten diese nicht anders beseitigt werden, als daß

mit der Räumung der Kölner Zone auch der Abbau der Ruhrbesetzung eingeleitet

wird, sonst würden die Folgen eintreten, daß zur Aufrechterhaltung eines rechtswidrigen Zustandes, wie ihn die Ruhrbesetzung darstelle, eine weitere rechtswidrige Handlung begangen werde.

Die Reichsregierung hat es, sobald ihr die drohende Entwicklung der Räumungsfrage erkennbar wurde, für ihre Pflicht gehalten, ihre Auffassung den beteiligten alliierten Regierungen in aller Offenheit darzulegen. **Ich kann mir nicht denken, betonte Dr. Marx, daß die alliierten Regierungen die Verantwortung dafür übernehmen sollten, wenn an die Stelle sachlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit, die ich stets als das Ziel meiner ganzen Politik angesehen habe, jetzt wieder ein krisenhafter Konfliktzustand treten würde.** Lord Curzon hat gesagt, daß die verlängerte Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Boden nicht geeignet sei, zu einer allgemeinen Befriedung beizutragen. Ich kann dem nur mit vollster Ueberzeugung zustimmen. Wenn sich die alliierten Regierungen über diese Seite der Angelegenheit aber wirklich klar sind, so werden sie sich auch der Erkenntnis nicht verschließen können, daß für eine Hinausschiebung der Räumung kein Grund vorliegt, der den von Lord Curzon angedeuteten Gefahren für die Befriedung und den Wiederaufbau Europas die Wage halten könnte. Die Entwaffnung Deutschlands bildet einen sehr großen Schritt in dieser Richtung. Wenn die alliierten Regierungen in Deutschland nicht das Vertrauen zerstören wollen, daß seine bisher auf Verständigung eingestellte Politik nicht vergeblich ist und auf der Gegenseite dem gleichen Verständigungswillen begegnet, so ist damit auch die Grundlage gegeben, auf der sich die noch offenen Fragen der Militärkontrolle unschwer vereinigen lassen werden."

*

Berlin, 23. Dez. Das Reichskabinett trat heute nachmittag unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dr. Jarres zu einer Sitzung zusammen, in der Staatssekretär Dr. Trendelenburg über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Bericht erstattete.

Deutschlands nationale Belange und der Völkerbund.

Die Veröffentlichung der deutschen Note über die gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vom nationalen Standpunkt aus gegebenen Bedenken ist in Verbindung mit den gleichzeitig erfolgten Schritten bei den Ententeregierungen wegen Räumung der Kölner Zone zu begrüßen als Beweis dafür, daß die Berliner leitenden Stellen sich rühren und den Ernst der gegenwärtigen Lage, der auf der ganzen Linie durch neue schwere Rechtsbrüche der Alliierten gekennzeichnet ist, begreifen. Die Tatsache, daß in einem Augenblick, wo die Kölner Räumungsfrage und die Militärkontrolle die Gemüter in Deutschland auf das tiefste erregen, die scharf umrissenen deutschen Einwände gegen den Beitritt zum Völkerbund zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden, gibt in London, Paris, Brüssel und Rom deutlich genug zu verstehen, daß man uns nicht zumuten soll, uns nach einem Platz in der „Liga der Nationen" umzusehen, solange diese von demselben Geiste der Unfreundlichkeit, Unduldsamkeit und Ungerechtigkeit gegen Deutschland beherrscht wird, wie er in den gedachten beiden Angelegenheiten in Erscheinung tritt. Da im Völkerbund der Einfluß Frankreichs obenan steht, Belgien reiner französischer Vasallenstaat ist und neuerdings auch England und Italien sich auf die Pariser Seite geschlagen haben, so würden wir in dieser Gesellschaft die denkbar kläglichste Figur machen und gewissermaßen mit gebundenen Händen der fremden Willkür ausgeliefert sein, während wir doch jetzt wenigstens unsere volle Handlungsfreiheit bei der Abwehr vertragswidriger Zumutungen besitzen. Aus diplomatischen Rücksichten vermeidet natürlich die deutsche Note eine direkte Ablehnung der Teilnahme am Völkerbund, sondern kleidet sich in die Form eines grundsätzlichen Entgegenkommens, unter Einflechtung einiger unverbindlicher Komplimente für die Idee einer derartigen, alle Nationen umfassenden Organisation, deren Universalität ausdrücklich als unerläßliche Voraussetzung einer gedeihlichen Wirksamkeit bezeichnet wird. Dabei kann aber nach der ganzen Anlage des Dokuments kein Zweifel darüber obwalten, daß in der Hauptfrage, die sich auf die gefährlichen Wirkungen des Artikels 16 der Völkerbundsatzung bezieht, befriedigende Antworten von seiten der Ententeregierungen auf das der Note vorangegangene deutsche Memorandum nicht eingetroffen sind, und daß ohne eine Regelung, die in diesem Punkte die deutschen Lebensinteressen voll und ganz wahrt, ein Beitritt Deutschlands zum Völkerbund undenkbar ist. Der in der Note enthaltene Hinweis auf den im September in Berlin gefaßten Entschluß, „den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Aussicht zu nehmen", hat daher nur den Sinn, den guten deutschen Willen zu betonen. Praktisch muß er bedeutungslos bleiben, solange die wesentlichsten deutschen Forderungen keine loyale und unzweideutige Erfüllung finden.

In dem Artikel 16 sind Bestimmungen enthalten über die Pflichten der Völkerbundsmitglieder im Falle einer Sanktion gegen einen Staat, der, entgegen den Vorschriften, einen Krieg begonnen hat. Für die Praxis ist dort u. a. für alle Bundesmitglieder die Verpflichtung ausgesprochen, „alles Erforderliche zu veranlassen, um den Streitkräften eines jeden Bundesmitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundesverpflichtungen teilnimmt, den Durchzug durch ihr Gebiet zu ermöglichen". Die Ausführung dieser Bestimmung würde bedeuten, daß Deutschland der Tummelplatz der fremden Heere in Sanktionskriegen gegen einen dritten Staat sein würde. Damit nicht genug, würde es sich auch der Gefahr aussetzen, direkt zum Gegenstand eines kriegerischen Angriffes gemacht zu werden; denn der Nachbarstaat Deutschlands, gegen den der Sanktionskrieg gerichtet wäre, würde sich den durch kein starkes Heer geschützten deutschen Boden sofort als willkommene Beute und militärischen Stützpunkt ausersehen und sich mit seiner ganzen Macht auf den unbewaffneten Gegner stürzen. Diesen Gesichtspunkt hat Dr. Stresemann selbst während des Wahlkampfes in einer Rede in Osnabrück nachdrücklich betont und dabei die Forderung erhoben: „Man gebe uns unsere Armee zurück, damit wir uns gegebenenfalls verteidigen und die in Artikel 16 verlangte Hilfeleistung gewähren können. Deutschland darf nicht Durchgangsgebiet für andere Armeen sein." Hier stellt die Note unzweideutig fest, daß die Antworten auf das deutsche Memorandum, worin die Bedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entwickelt werden, zu keinem Erfolge geführt haben. Deutschland beharrt auf seinem Standpunkt, daß ihm für den Fall internationaler Konflikte das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst überlassen bleiben muß. **Ohne die glatte Erfüllung dieser Bedingung kann und darf es für uns keinen Beitritt zum Völkerbund**

SLUB
Wir führen Wissen.